

Wolfgang Vögele

Justizvollzug und Medien

Ein Tagungsbericht

„Wenn ein Häftling ausbricht, dann schreiben wir darüber. Wenn es zum zweiten Mal vorkommt, dann kritisieren wir das. Beim dritten Mal fordern wir den Rücktritt des Justizministers.“

Nach diesen Regeln läßt der Chefreporter einer großen Tageszeitung seine Berichterstattung über Justizvollzug aufbauen. Weil ihm das genügte, lehnte er es ab, an einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum und des Niedersächsischen Justizministeriums teilzunehmen. Dort wurde ein differenzierteres Bild von den komplexen Beziehungen zwischen Journalisten, Vollzugsbeamten und Gefangenen präsentiert.

Die Tagung widmete sich dem Thema Justizvollzug und Öffentlichkeit und stand unter dem Titel „Hinter Gittern – Vor der Kamera“. Vom 18. bis 20. Februar 2002 versammelten sich in der Akademie über 90 Mitarbeiter aus dem Justizvollzug sowie Journalisten, Redakteure, Richter und Rechtsanwälte aus der ganzen Bundesrepublik.

Deutlich wurde vor allem, wie unterschiedlich und differenziert die Interessen von Medien und Öffentlichkeit am Justizvollzug sind. Axel Sturm, Redakteur der BILD-Zeitung in Hannover und dort zuständig für Polizei- und Gerichtsreportagen, begriff Zeitungsarbeit als vorrangige Frage nach den Interessen der Leserinnen und Leser. Die BILD-Zeitung bemühe sich zu schreiben, was die Leserinnen erfahren wollen, und das seien vor allem Informationen über prominente Gefangene, Ausbruchsversuche und Geiselnahmen, über Aspekte der Sicherheit, aber auch über ganz alltägliche Fragen wie die nach dem Speiseplan und der Unterbringung in Zellen. Leser seien an Personen und ihren (privaten) Geschichten interessiert, nicht so sehr an Strukturen, an Gesetzen und an Sachthemen. Zudem stehe jeder Redakteur unter dem Druck kurze, gut zu lesende Artikel zu schreiben.

Dem schnellen, auf Aktualität bedachten Journalismus von Tages- und Boulevardzeitungen stellte Uta König, Dokumentarfilmerin und Fernsehregisseurin aus Hamburg ihre preisgekrönten Filmdokumentationen gegenüber. Für diese Filme, die eine Dauer zwischen 45 und 90 Minuten haben und meist für den Norddeutschen Rundfunk produziert werden, drehte sie wochenlang in Jugend- und Justizvollzugsanstalten. Jeder Dokumentation gingen intensive Vorgespräche mit der Anstaltsleitung über Interviews mit Gefangenen, Beachtung der Persönlichkeitsrechte, Einbeziehung der Justizvollzugsbediensteten voraus.

König kann sich Vorbereitungs- und Filmzeit nehmen, Gefangene in ihrer Geschichte, in ihrer Widersprüchlichkeit, in ihren Lebensperspektiven zu zeigen. Sie wirft mit ihrer Darstellungsweise nicht nur ein Schlaglicht auf die Menschen, sondern dringt damit unter die Oberfläche und macht etwas von der Psychologie, von Gefühlen und Stimmungen inhaftierter Menschen deutlich. Aber gute Filme brauchen Zeit in Vorbereitung, Durchführung und Nacharbeit. TV-Journalisten, die in der JVA mit Kameramann und Tonmeister unterwegs sind, haben wegen der Bildrechte schwierigere Arbeitsbedingungen als Journalisten, die für Printmedien arbeiten.

Königs Dokumentationen werden in den dritten Programmen, oft zu sehr späten Sendeterminen, gezeigt. Dennoch erregen sie Aufmerksamkeit. Für König hat diese Form der Fernsehdokumentation eine ethische wie auch eine pädagogische Funktion. Das zeigen für sie die vielen Anfragen aus Schulen: Lehrer wollen die Filme zeigen und mit der Regisseurin ins Gespräch kommen.

Für Jörg Jesse, Leiter der JVA Hannover, hat sich der Charakter von Medienanfragen an Justizvollzugsanstalten in den letzten 15 Jahren sehr stark geändert. Während früher die Journalisten nur bei Geiselnahmen oder Ausbrüchen nachfragten, interessieren sich Medien heute für sehr viel detaillierter für Themen des Justizvollzugs. In der Regel dauere es nach einem Ausbruch einen Tag lang, bis alle Presseanfragen dazu beantwortet seien. Seit dem Jahr 2000 lädt die JVA Hannover zu einem Pressegespräch ein, bei dem die Möglichkeit besteht, Hintergrundinformationen auszutauschen. Und die JVA Hannover, eine der größten Niedersachsens, hat aus dem wachsenden Bedarf nach Informationen über Justizvollzug die Konsequenz gezogen und als erste JVA in Niedersachsen eine hauptamtliche Stelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit geschaffen.

Von solchen Verhältnissen konnte Lisa Lutzebäck, Justiz-Pressesprecherin und gleichzeitig Leiterin der Abteilung Justizvollzug beim Bremer Justizsenator, nur träumen. Sie muß, wegen der zahlenmäßig geringen personellen Ausstattung der Bremer JVs, gelegentlich Wünsche nach Drehgenehmigungen und Interviews ablehnen. Was ihr bleibt, ist die Konzentration auf das Kerngeschäft. Sie wertet täglich Presseberichte aus, um dann angemessen reagieren zu können. Wie in Hannover hat die Bremer Justizverwaltung einen regelmäßigen Pressestammtisch für Polizei- und Justizreporter geschaffen, den die Journalisten intensiv nutzen.

Die Erfahrungsberichte zeigten gleich zu Anfang der Tagung ein sehr differenziertes Bild. Der Justizvollzug ist mit ganz unterschiedlichen Anfragen konfrontiert. Was er dargestellt haben möchte, Erfolge in der Integration und Resozialisierung, interessiert die Medien oft nicht. Worüber die Medien berichten wollen, von Interviews mit prominenten Gefangenen bis zu den häufig gewünschten Drehgenehmigungen für die Mutter-Kind-Abteilung in Frauenhaftanstalten, diese Auswahl verzerrt oft das in der Öffentlichkeit vorherrschende Bild des Justizvollzugs.

Die Justizministerien der Länder haben darauf unterschiedlich reagiert. Während manche Länder sich auf eine sehr restriktive und defensive Linie festgelegt haben, verfolgt das Justizministerium in Niedersachsen seit einiger Zeit eine offensivere Öffentlichkeitspolitik und geht damit neue Wege.

Auf die Erfahrungsberichte folgten bei der Tagung Vorträge, die das Thema in einen breiteren Kontext der kriminologischen Forschung, des öffentlichen Medieninteresses und der Gefangeneninteressen stellten.

Harald Preusker, im sächsischen Justizministerium zuständig für Justizvollzug, beschrieb das Verhältnis von Medien und JVs als eine Haßliebe gleichzeitiger Zu- und Abneigung.

Zur Zeit der großen Strafrechts- und Justizvollzugsreformen in den 70er und 80er Jahren richtete die Presse ihre Aufmerksamkeit vor allem die inhaftierten RAF-Terroristen. Medienberichterstattung unterliegt gravierenden historischen Veränderungen: Strafen und Straftäter waren schon immer eine Attraktion für die Öffentlichkeit. In früheren Jahrhunderten wurden Strafen, z.B. Hinrichtungen, als öffentliche Spektakel inszeniert. Als im 19. Jahrhundert Straftäter aus der Öffentlichkeit immer häufiger hinter Gefängnismauern verschwanden, wurde damit der Öffentlichkeit etwas weggenommen. Und was hinter den Mauern des Gefängnisses pas-

sierte, wurde gerade wegen dieser Verborgenheit zum Gegenstand der Aufmerksamkeit und Neugier.

Diese Geheimnistuerei brach im 20. Jahrhundert erst wieder die Strafrechtsreform der sozialliberalen Koalition auf: Integration, Resozialisierung und Lockerung waren Stichworte der damals geführten öffentlichen Debatte. Ob sie zu dauerhaften Veränderungen führte, war für Preusker eine große Frage. Die Idee der Reformen war es, dem Strafvollzug einen anderen Sinn zu geben, ihn nach vernünftigen, rationalen Kriterien zu ordnen.

Gerade darin aber verlor der Strafvollzug in den 80er Jahren wieder an Akzeptanz. Viele der mit den Reformen verbundenen Hoffnungen ließen sich nicht realisieren. Es gibt mittlerweile Kriminologen, die behaupten, daß der Strafvollzug grundsätzlich nicht in der Lage sei, Straftäter zu resozialisieren. Sowohl die wissenschaftliche Kriminologie als auch die Politik hätten im Moment, so Preusker, für den Strafvollzug nicht viel Aufmerksamkeit übrig. Bestimmte gesetzliche Forderungen kann der Strafvollzug wegen der Überbelegung der Anstalten gar nicht mehr erfüllen. Überbelegte JVA's sind schädlich für Resozialisierung.

Trotzdem seien die JVA's heute sehr viel transparenter und übersichtlicher gestaltet als noch vor 30 Jahren. Das Verhältnis von Bediensteten und Gefangenen habe sich entspannt. Dennoch sei Resozialisierung kein Thema der öffentlichen Diskussion mehr.

Medien, von den Zeitungen über das Fernsehen bis zum Internet, üben auf den Strafvollzug großen Einfluß aus. Anstalten wie in Tegel oder Hameln sind bereits im Internet präsent. Selbstverständlich sei der Berichterstattungsauftrag der Medien gesetzlich geschützt, dennoch verstoße die Darstellung von Kriminalität und Strafvollzug in den Medien oft gegen die gesetzlich auferlegte Sorgfaltspflicht. Kriminalität werde oft reduziert auf Sexualstraftaten, als seien diese der Normalfall. Oft würden Opfer instrumentalisiert, um in deren Namen hohe Strafen zu fordern. Aber Untersuchungen zeigen, daß Opfer nicht hohe Strafen, sondern eher Wiedergutmachung wollen.

Die Frage ist, was aus der Mediendarstellung bei den Konsumenten ankommt. Während die einen Untersuchungen behaupten, Medien könnten nur bestehende Einstellungen zum Strafvollzug verschärfen und nicht etwa selbst schaffen, trauen

andere Untersuchungen der medial vermittelten öffentlichen Meinung genau dieses zu. Medien hätten ein Konzept, wie sie ihre Nachrichten an die Konsumenten bringen, und darin seien sie nicht der objektiven Darstellung, sondern aus ökonomischem Kalkül den Bedürfnissen der Medienkonsumenten verpflichtet.

Preusker plädierte darum für eine Öffentlichkeitsarbeit von JVA, die sich direkt an die Konsumenten von Medien richtet. Öffentlichkeitsarbeit müsse professionalisiert werden. Menschen sollten sich selbst einen Eindruck von einer JVA in ihrer Nähe machen.

Die Öffentlichkeitsarbeit von Justizvollzugsanstalten unterscheidet sich in großem Maße von den Interessen der Gefangenen. Das betonte Helmuth Koch, Germanist an der Universität Münster. Er berichtete unter dem Titel „Öffentlichkeitsarbeit von Gefangenen?“ von seiner Arbeit mit Gefangenenzeitungen und Gefängnisliteratur. Seit einigen Jahrzehnten schon leitet er die Dokumentationsstelle Gefangenenliteratur, die in Münster literarische Texte und Zeitungen aus JVA in ganz Deutschland archiviert. In der Bundesrepublik erscheinen im Moment ca. 55 Gefängniszeitungen, die in einer Auflage von bis zu 6000 Exemplaren gedruckt werden und die häufig mit Zensurproblemen zu kämpfen haben.

Literatur ermögliche zuerst dem Gefangenen, dann aber auch einer interessierten Öffentlichkeit einen anderen Zugang zu sich selbst und seiner Situation. Aus diesem Impuls heraus haben sich eine ganze Reihe prominenter Schriftsteller, darunter Martin Walser, beim Münsteraner Projekt engagiert. Jährlich wird der Ingeborg-Drewitz-Preis verliehen, der literarische Texte aus dem Gefängnis prämiert. Was für Literaturprojekte im Gefängnis gelte, könne genauso auf andere Kunstformen im Justizvollzug angewendet werden. Theaterprojekte und Projekte bildender Kunst ermöglichen den Gefangenen einen neuen, anderen Blick auf sich selbst und möglicherweise die authentische Verarbeitung spezifischer Erfahrungen. Dabei übe Gefängnisliteratur für die Öffentlichkeit eine besondere Funktion aus: Was vorher fern und distanziert gewesen sei, werde nun in eine besondere authentische Nähe gerückt.

Arbeitsgruppen am Nachmittag fächerten besondere Aspekte des Themas noch weiter aus: Sie beschäftigten sich mit der Öffentlichkeitsarbeit im Maßregelvollzug, mit der exemplarischen Mediengeschichte des Straftäters Rolf Diesterweg, mit der RTL-Fernsehserie „Hinter Gittern“, mit dem Radioprojekt radioaktiv der JA Hameln, mit der Öffentlichkeitsarbeit von JVA sowie mit Gefangenenzeitungen.

Wie schwierig sich die journalistische Arbeit im Bereich der Justizreportage gestalten kann, darüber gab eine Diskussionsrunde mit Gerhard Mauz und Gisela Friedrichsen vom Hamburger Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL Auskunft. Beide warnen vor der Präsenz des Fernsehens im Gerichtssaal und kritisierten die immer beliebteren Gerichtsshows, die am Nachmittag in verschiedenen Fernsehkanälen laufen.

An der Schlußdiskussion der Tagung waren Monica Steinhilper, Frank Woesthoff (beide Justizministerium Hannover), Harald Preusker (Dresden) sowie Hanna Legatis (Norddeutscher Rundfunk, Studio Göttingen) beteiligt. Dabei standen zwei unterschiedliche Thesen im Raum.

Preusker machte noch einmal die schon in seinem Vortrag erhobene Behauptung stark, Öffentlichkeitsarbeit müsse sich stärker auf die Konsumenten von Medien als auf die Medien selbst konzentrieren.

Nicht im Widerspruch dazu forderte Woesthoff, Pressesprecher im Niedersächsischen Justizministerium einen Neuanfang: Klagen über die Medien aus dem Justizvollzug würden nicht helfen und nur kontraproduktiv wirken. Nötig sei eine Veränderung des Justizvollzugs selbst in seiner Einstellung zur Öffentlichkeit und zur Öffentlichkeitsarbeit.

Steinhilper stimmte dieser Forderung Woesthoffs zu und verwies auf die Politik ihres Ministeriums, den einzelnen JVA in ihrer Öffentlichkeitsarbeit mehr Freiheit zuzubilligen. Außerdem betonte sie die politischen Aspekte des Strafvollzugs, der mit bestimmten Erwartungen aus der Öffentlichkeit konfrontiert sei. Im Moment stehe das Prinzip Sicherheit vor dem Prinzip Resozialisierung.

Die Fernsehjournalistin Hanna Legatis forderte eine offensive Öffentlichkeitsarbeit der JVAs. Verweigerter Interviewwünsche zögen automatisch Mutmaßungen und Spekulationen nach sich. Der Reporter, der vor hohen Gefängnismauern steht und berichtet, daß er keine Dreherlaubnis erhalten hat, bringe die betroffene JVA fast automatisch in Verruf. Eine solche Öffentlichkeitsarbeit aber schade dem Vollzug nur.

Insgesamt schälten sich bei dieser abschließenden Podiumsdiskussion zwei Ebenen der Öffentlichkeitsarbeit von Justizvollzugsanstalten heraus. Auf der ersten Ebene stellt die JVA sich selbst dar, ihre eigene Arbeit, Aufgaben und Funktionen für die Gesellschaft, daneben besondere Projekte wie Resozialisierungsmaßnahmen,

Ausstellungen, aber auch Erfolge und Leistungen, die sich durch regelmäßige Berichte und Statistiken belegen lassen.

Auf der zweiten Ebene ist die Öffentlichkeitsarbeit von spektakulären Ereignissen bestimmt: von der Geiselnahme über den Ausbruch bis zum Drogenskandal. In solchen Fällen müssen die Verantwortlichen wissen, wie sie auf die Fragen von Medien angemessen reagieren können.

Deutlich wurde bei der Tagung: Die Justizministerien der Bundesrepublik verfolgen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit über Justizvollzug sehr unterschiedliche Strategien, die von restriktiv und defensiv bis hin zu freundlich und offensiv reichen. Manche Mitarbeiter des Justizvollzugs leiden darunter, andere begreifen es als Chance.

Die Tagung hat gezeigt, wie sehr das Bewußtsein dafür gewachsen ist, welche Bedeutung Öffentlichkeitsarbeit für den Justizvollzug hat. Wenn es gelänge, diese noch zu verstärken, könnten entsprechend die politische, die kriminologische, die rechtswissenschaftliche und die öffentliche Diskussion über die Strafe und Strafvollzug wieder intensiviert werden.

Öffentlichkeitsarbeit im Justizvollzug fängt mit Kleinigkeiten an: Immer noch werden Bedienstete des Justizvollzugs in den Medien Wärter, Schließer oder Wächter genannt. Daß diese Unsitte endlich zu beseitigen ist, darüber waren sich in Loccum alle einig.